SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Instrumentalisiert, verdrängt, ignoriert: der Holodomor im Bewusstsein der Deutschen

Hausmann, Guido; Penter, Tanja

Postprint / Postprint
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Hausmann, G., & Penter, T. (2020). Instrumentalisiert, verdrängt, ignoriert: der Holodomor im Bewusstsein der Deutschen. *Osteuropa*, *70*(3-4), 193-214. https://doi.org/10.35998/oe-2020-0025

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80606-3

In: Osteuropa 70, 3–4 (2020), S. 193–214
DOI: 10.35998/oe-2020-0025

Guido Hausmann, Tanja Penter

Instrumentalisiert, verdrängt, ignoriert

Der Holodomor im Bewusstsein der Deutschen

Deutschland war über den Hunger in der Ukraine 1932/33 gut informiert. Diplomaten berichteten, kirchliche Kreise starteten eine Hungerhilfe. Deutsche Ingenieure und Arbeiter auf Montage vor Ort waren Augenzeugen. Unter deutscher Besatzung entstand nach 1941 die erste wissenschaftliche Untersuchung der Hungerkatastrophe. Die Erkenntnisse wurden propagandistisch ausgeschlachtet. In der Nachkriegszeit erschwerten die national-sozialistische Instrumentalisierung des Holodomor sowie die eigene Täterschaft im Vernichtungskrieg und im Holocaust die Befassung mit dem Thema. Die Russlandzentriertheit der deutschen historischen Osteuropaforschung trug dazu bei, dass der Holodomor in der Ukraine verdrängt, vergessen und ignoriert wurde. Heute zielt die Forderung, den Holodomor als Genozid anzuerkennen, auch darauf, ihn in die europäische und globale Erinnerungskultur zu integrieren.

Im Dezember 2018 erreichte den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eine Petition. Aus Anlass des 85. Jahrestages der großen Hungersnot von 1932–1933 in der Ukraine, des Holodomor, forderten über 56 000 Menschen vom Bundestag, er möge beschließen, dass der Holodomor, „ein Genozid an dem ukrainischen Volke, verursacht durch das sowjetische Regime unter der Führung von Stalin“, gewesen sei.[1] Es ist nicht das erste Mal, dass der Bundestag über eine derartige historische Frage befinden soll. Im Juni 2016 hatte der Bundestag mit breiter Mehrheit einen Entschließungsantrag von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen und die Massentötung von Hunderttausenden Armeniern im Osmanischen Reich als Völkermord (Genozid) anerkannt.[2] In der Begründung wurde auf die deutsche Mitverantwortung Deutschlands an dem Verbrechen verwiesen. Im Juli 2016 erkannte die Bundesregierung erstmals in einem offiziellen Dokument die Massaker, die deutsche Truppen zwischen 1904 und 1908 an den Herero und Nama in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, begangen hatten, als Völkermord an, betonte jedoch, dass sich daraus keine Rechtsfolgen ergeben würden und lehnte individuelle Entschädigungszahlungen für die Nachfahren der Opfer ab.[3]

[1] Petition Nr. 89118, die am 14.12.2018 beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages einging. Eine frühere Petition mit dem gleichen Anliegen, die allerdings nur 116 Unterzeichner fand, war vom Bundestag bereits abgelehnt worden. Petition 67499 vom 6.9.2016.

[2] Deutscher Bundestag, Drucksache 18/8613. Mehrere Anträge waren dieser Entscheidung vorausgegangen.

[3] Steven Geyer: Herero-Massaker: Entschuldigung ja – aber keine Entschädigung. Frankfurter Rundschau, 13.7.2016. – Völkermord an den Herero: Deutschland entschuldigt sich offiziell bei Namibia. Spiegel-Online, 13.7.2016. – Die Petitionen 20266 vom 27.9.2011 und 58853 vom 13.5.2015, die die Anerkennung des Massakers

In den meisten Fällen erreichten Anträge an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, welche die Anerkennung historischer Verbrechen als Völkermord forderten, das nötige Quorum von 50 000 Unterzeichnern nicht.[4] Die Holodomor-Petition unterzeichneten hingegen 56 847 Bürger, was auf die große Bedeutung dieser Frage für die Ukrainer und die gute Vernetzung der ukrainischstämmigen Gemeinschaft in Deutschland verweist.[5] In der Bundesrepublik leben heute etwa 323 000 Menschen mit ukrainischem Migrationshintergrund.[6] Für viele Ukrainer stellt der Holodomor nicht nur ein zentrales Ereignis in der Erinnerungskultur der postsowjetischen Ukraine dar, sondern ist auch ein wichtiger Bestandteil der ukrainischen Nationsbildung.

Politische Öffentlichkeit und die historische Forschung der Ukraine sind von dem Streben nach Anerkennung des Holodomor als Völkermord bestimmt. Hier wird er nicht selten in einem Atemzug mit dem Holocaust genannt. Unter Präsident Viktor Juščenko (2005–2010) wurde der Holodomor 2006 per Parlamentsbeschluss zum Genozid am ukrainischen Volk erklärt.[7] Seither versucht die Ukraine, dieses Urteil auch international durchzusetzen.[8]

Bei manchem Beobachter mag eine Petition zum Holodomor im Deutschen Bundestag Verwunderung ausgelöst und die Frage aufgeworfen haben, welche Beziehung zwischen einem sowjetischen Verbrechen und der deutschen Geschichte existiert. Ein Teilnehmer am Diskussionsforum des Petitionsausschusses äußerte:

> Welches ist denn die spezifisch DEUTSCHE „historische Verantwortung“ für ein vergangenes Ereignis in einem anderen Staat? Soll sich der Bundestag demnächst für die Vertreibung der Indianer in der Neuen Welt entschuldigen? [. . .] Mich dünkt, dass mittlerweile von interessierten Kreisen versucht wird, Deutschland stärker in den ukrainisch-russischen Konflikt hineinzuziehen. Der Bundestag sollte sich in seinem eigenen Interesse auf solche außenpolitischen Stellvertreterkonflikte nicht einlassen.[9]

---

an den Herero und Nama als Völkermord und Wiedergutmachung durch die Bunderepublik gefordert hatten, erreichten mit nur wenigen hundert Unterschriften das Quorum nicht.

[4] So die Petition 71271 vom 26.4.2017, die die Anerkennung der Deportationen und Ermordung von Dersimer Aleviten 1937/1938 in Ostanatolien durch den türkischen Staat als Völkermord forderte sowie die Petition 22030 vom 9.1.2012, die für die Anerkennung des Darfur-Konflikts im Sudan als Genozid eintrat.

[5] Laut Artikel 17 des Grundgesetzes hat jeder das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden. Dies bezieht sich auch auf nicht volljährige Personen, Ausländer oder im Ausland lebende Deutsche, solange die Eingabe grundsätzlich im Zuständigkeitsbereich des Deutschen Bundestages liegt.

[6] Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2018, in: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2.2.2019, S. 129.

[7] Gesetz der Ukraine Nr. 376-V vom 28.11.2006 „Über den Holodomor 1932–1933 in der Ukraine“, Zakon Ukraïny „Pro Holodomor 1932–1933 rokiv v Ukraïni“, <http://zakon.rada.gov.ua/laws/show/376-16>. – Wilfried Jilge: Geschichtspolitik in der Ukraine, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 8–9/2007, S. 14–30. – Gerhard Simon. Analyse: 80 Jahre Holodomor – die Große Hungersnot in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen 124/2013, S. 17–20. – T. Zhurzhenko: Capital of Dispair. Holodomor Memory and political Conflicts in Kharkiv after the Orange Revolution, in: East European Politics and Societies 25/2011, S. 597–639. – G. Kasjanov: Holodomor and the Building of a Nation, in: Russian Social Science Review, 3/2011, S. 71–93.

[8] Mehrere Staaten, darunter Australien, Kanada, Polen. Estland Lettland, Litauen erkennen die Hungersnot als Völkermord an. Das europäische Parlament erkannte den Holodomor 2008 als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, nicht aber als „Völkermord“ an.

[9] Diskussionsforum zur Petition 67499 vom 6.9.2016,

Die Hungersnot 1932/33 in der Ukraine und die Deutschen

„Ein Staat, dessen Landwirtschaft vor zwei Jahren ein gewaltiges Hungersterben zuließ, dessen Viehbestand seit fünf Jahren rückgängig ist,…“ [10] Der lapidare Halbsatz von 1935 des Sowjetunion-Korrespondenten Artur W. Just (1896–1955) zeigt, dass die Hungersnot in der Sowjetunion in Deutschland auch jenseits der nationalsozialistischen Propaganda bekannt war und der sowjetische Staat dafür verantwortlich gemacht wurde. Doch sprachen weder Just noch andere Korrespondenten explizit über den Hunger in der Ukraine. Dafür gab es stichhaltige Gründe.

Zum einen war die Zahl der deutschen Korrespondenten in der Sowjetunion klein. Just, der 1926 „als Korrespondent großer deutscher Blätter (der Kölnischen, dann der Deutschen Allgemeinen und der Frankfurter Zeitung), zeitweilig auch im Dienste ausländischer Zeitungen für 12 Jahre nach Moskau“ gegangen war, [11] sprach von weniger als einem Dutzend qualifizierter Auslandsjournalisten aus Europa und Amerika in der Sowjetunion. Anfang der 1930er Jahre gab es höchstens 20 bis 30 Auslandskorrespondenten. [12] Der bekannteste deutsche Sowjetunionjournalist der 1920er Jahre, Paul Scheffer (1883–1963), konnte 1929 nach einem Heimaturlaub wegen seiner zunehmend kritischen Berichterstattung im linksliberalen *Berliner Tageblatt* nicht mehr in die Sowjetunion einreisen.[13] Bis September 1933 waren noch drei deutsche Journalisten in Moskau akkreditiert, doch dann wurden auch sie zeitweise ausgewiesen. Meinungsbildende Tageszeitungen wie das *Berliner Tageblatt* oder die *Vossische Zeitung* hatten während der Hungersnot 1932–33 keinen Korrespondenten vor Ort und übernahmen Berichte und Informationen aus anderen Quellen.

Zum zweiten arbeiteten die Journalisten in der Sowjetunion seit Ende der 1920er Jahre unter immer schwierigeren Bedingungen, nach Hitlers Machtübernahme im Januar 1933 war dann auch bald in Deutschland kein unabhängiger Journalismus mehr möglich. Für eine auf Dauer angelegte Berichterstattung waren in der Sowjetunion informelle Beziehungen nötig. Wenn ein Journalist wie Just 1933 außerhalb von Moskau reisen wollte, benötigte er eine Genehmigung, Reisen in die Hungergebiete waren nicht möglich, und in Moskau hatte er wie andere Journalisten mit der Vorzensur für Telegramme und einer Nachzensur für alle „Postberichte“ zu kämpfen.[14] Immerhin schrieb Just keine schönfärberischen Artikel wie etwa der Korrespondent der *New York Times* Walter Duranty.[15] Paul Scheffer nahm deshalb 1933 auch seine Kollegen in der Sowjetunion vor diesbezüglichen Vorwürfen explizit in Schutz.

<https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2016/_09/_06/Petition_67499/forum/Beitrag_366109.nc.html>.

[10] Artur W. Just: Militärmacht Sowjetunion. Studien zur politischen Situation Europas. Breslau 1935, S. 16.

[11] Ebd. S. 10–11.

[12] Artur W. Just: Russland in Europa. Gedanken zum Ostproblem der abendländischen Welt. Stuttgart 1949, S. 62.

[13] Paul Scheffer: Sieben Jahre Sowjetunion. Leipzig 1930. – Ders.: Augenzeuge im Staate Lenins. Ein Korrespondent berichtet aus Moskau 1921–1930. Mit einer Einleitung von Margret Boveri. München 1972. – Jörn Happel: Der Ost-Experte. Gustav Hilger – Diplomat im Zeitalter der Extreme. Paderborn 2018, S. 161–166.

[14] Just, Russland in Europa [Fn. 12], S. 62–63.

[15] Andor Hencke: Erinnerungen als Deutscher Konsul in Kiew in den Jahren 1933–1936. München 1979, S. 60. – Zum deutschen Journalismus in der Sowjetunion: Karl Schlögel: Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt. München 32018, S. 767–771. – Zu Duranty: Sally J. Taylor: A Blanket of Silence: The Response of the Western Press Corps in Moscow to the Famine of 1932–33, in: Wsewolod W. Isajiw (Hg.):

Zum dritten hatten die deutschen Journalisten keine biographische Bindung an die Ukraine, sondern eher an Moskau, St. Petersburg oder ins Baltikum. Just stammte aus einer preußischen Familie, sein Vater hatte länger in Riga gelebt, er selbst war 1917 als junger Reserveoffizier im Auftrag der Obersten Heeresleitung im nördlichen Abschnitt der russischen Front eingesetzt worden. Das mag dazu beigetragen haben, dass er wie seine Kollegenkeine Sensibilität für Ereignisse in der Ukraine entwickelte. Schließlich wirkten viertens die nationalsozialistische Machtergreifung und Propaganda auf die Sowjetunionkorrespondenten ein. Im Wahlkampf vor den Neuwahlen zum Reichstag am 5. März 1933 hatten sich die Nationalsozialisten als Kämpfer gegen den Marxismus inszeniert und harte Kritik an der Sowjetunion geübt. Hitler äußerte sich am 2. März 1933 zur Hungersnot in der Sowjetunion:

> Der Marxismus in der Praxis ist die beste Widerlegung des Marxismus in der Theorie. Hat dieser Marxismus dort, wo er hundertprozentig gesiegt hat, dort wo er wirklich und ausnahmslos herrscht, in Rußland, die Not beseitigt? Die Wirklichkeit spricht hier geradezu eine erschütternde Sprache. Millionen von Menschen sind verhungert in einem Lande, das eine Kornkammer sein könnte für die ganze Welt. Millionen von Menschen sind verelendet, in einem Land, das vor Überschuß heute überfließen könnte.[16]

Hitlers Rede führte zu diplomatischen Verstimmungen im deutsch-sowjetischen Verhältnis. Die sowjetische Regierung reagierte mit einer Protestnote, in der der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Nikolaj N. Krestinskij (1883–1938) die Angriffe des Reichskanzlers in Bezug auf die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion gegenüber dem deutschen Außenminister Konstantin von Neurath (1873–1956) scharf zurückwies.[17] Danach belasteten weitere Ereignisse die deutsch-sowjetischen Beziehungen. In Deutschland kam es zu Übergriffen auf sowjetische Bürger und Einrichtungen, und Hermann Göring und Alfred Rosenberg äußerten sich positiv zu einer Abtrennung der Ukraine von der UdSSR.[18] Um die Situation zu entspannen, erklärte Hitler in seiner ersten Reichstagsrede, dass die Reichsregierung gewillt sei, mit der Sowjetunion „freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen“ zu pflegen. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland sei eine innere Angelegenheit, in die keinerlei Einmischung von außen geduldet werde. Die Beziehungen zu anderen Mächten blieben davon unberührt.[19]

In der liberalkonservativen *Vossischen Zeitung* und dem *Berliner Tageblatt* wurde die Hungersnot in der Sowjetunion erst 1933 aufgegriffen und die Ukraine lediglich im Sommer 1933, als der Hunger seinen Höhepunkt erreichte, als eines der zentralen Gebiete genannt.

Famine-Genocide in Ukraine 1932–1933. Western Archives, Testimonies and New Research. Toronto 2003, S. 77–91.

[16] Die Sportpalastkundgebung – Hitlers vernichtende Abrechnung mit den Arbeiterverrätern. Völkischer Beobachter (Berliner Ausgabe), 4.3.1933, S. 2.

[17] Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den bevollmächtigten Vertreter in Berlin Chinčuk (5.3.1933), in: Sergej Slutsch, Carola Tischler (Hg.): Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941. Dokumente aus russischen und deutschen Archiven, Bd. 1, Teilband 1, München 2014, S. 190–192.

[18] Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin, Aleksandrovskij (19.3.1933), in: Slutsch, Deutschland [Fn. 17], S. 218–220. – Karlheinz Niclauss: Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935. Bonn 1966, S. 101–111.

[19] Der Wortlaut der Kanzlerrede. Die Regierungserklärung vor dem Reichstag. Vossische Zeitung (VZ), 24.3.1933 (Morgenausgabe), Erste Beilage.

Eine eigentliche Berichterstattung gab es nicht. Die *Vossische Zeitung* machte im August 1933 den sowjetischen Staat für die „Millionenopfer" in der Ukraine, im Nordkaukasus und anderen Gebieten verantwortlich, [20] wies auf die Hilfsinitiative des Wiener Kardinalbischofs Dr. Theodor Innitzer (1875–1955) und die Aussagen eines amerikanischen Reisenden hin („Die größte Not herrsche in der Ukraine")[21] und beklagte Ende des Jahres, dass

> im Laufe diesen Jahres Millionen unschuldiger Menschen selbst in den fruchtbarsten Gebieten der Union wie in der Ukraine und in dem nördlichen Kaukasus vom Hungertod dahingerafft worden sind.[22]

Zitate aus Briefen deutscher Bauern oder Informationen der deutschen Konsulate in der Ukraine waren weitere Möglichkeiten für die Berichterstattung, mit denen aber vorsichtig umgegangen werden musste. Das *Berliner Tageblatt* bezog sich im Februar 1933 noch auf die sowjetische Presse, als sie schrieb:

> Im Nordkaukasus und der Ukraine, den landwirtschaftlichen Krisenzentren der Sowjetunion, geht der Kampf um die Beschaffung von Saatgetreide für die Frühjahrsbestellung offenbar nicht so erfolgreich vor sich, wie man gehofft hat. Die Sowjetpresse ist voll von Klagen.[23]

Erst im April 1933 änderte sich die Berichterstattung. Nun sprach das *Berliner Tageblatt* von einer „Hungersnot". Nach einer aufsehenerregenden internationalen Pressekonferenz in Berlin am 29. März 1933 mit dem walisischen Journalisten Gareth Jones (1905– 1935) berichtete Paul Scheffer über dessen Reise in die Sowjetunion und durch die Ukraine. Jones habe „Teile der Ukraine zu Fuss durchwandert und [. . .] in Moskau flüchtende Bauern aus allen Teilen Russlands gefragt." Die Hungersnot habe bereits jetzt das Ausmaß der Hungersnot von 1921 erreicht, und die Sowjetunion habe

> mit allen Mitteln die Wahrheit über den fürchterlichen Ausgang des Kollektivierungsversuchs von 140 Millionen russischen Bauern seit langem unterdrückt.[24]

Jones war zwar kein Nationalsozialist, hatte aber 1933 doch Hitler getroffen. Dass kurz nach Hitlers Machtübernahme in Berlin exklusiv über den Massenhunger in der Ukraine berichtet wurde, führte bei westeuropäischen und amerikanischen Journalisten zu Gegenreaktionen, bis hin zur abstrusen Berichterstattung des *New York Times*-Journalisten Walter Duranty, der von „Versorgungsschwierigkeiten", nicht aber von Hunger, in der Sowjetunion sprach.[25]

Paul Scheffer, der sich seine kritische Distanz zur Sowjetpolitik bewahrt hatte, verteidigte die Berichte von Gareth Jones und bezeichnete die Hungersnot in der Sowjetunion 1933 als „künstlichste aller Hungersnöte", also als politisch zugelassene oder gewollte.[26] Das *Berliner Tageblatt* berichtete über die Hungersnot in der Sowjetunion, indem es sich zum Beispiel auf den an der Moskauer Botschaft arbeitenden deutschen Landwirtschaftsexperten Dr. Otto

[20] Rußlands Kampf ums Brot. VZ, 23.8.1933, S. 1–2, Abend-Ausgabe: Planmäßige Landwirtschaft in der Sowjetunion. VZ, 28.12.1933 U-Blatt.
[21] Der Hunger in Rußland. Eine interkonfessionelle Hilfsaktion. VZ, 24.8.1933, S. 2
[22] Für die Hungernden in Rußland. Ein Aufruf des Kardinals Innitzer. VZ, 19.12.1933, S. 2.
[23] Russlands Bauernkrise. Berliner Tageblatt, 10.2.1933.
[24] Hungersnot in Russland? Berliner Tageblatt, 1.4.1933.
[25] Taylor, A Blanket [Fn. 15].
[26] Die Sowjetunion als Partner. Berliner Tageblatt, 20.8.1933, Sonntags-Ausgabe, S. 1.

Schiller (1901–1970) bezog[27] oder aus Briefen deutscher Bauern aus verschiedenen Regionen der Sowjetunion zitierte, unter anderem aus der Ukraine.[28] Die breitere Berichterstattung in der deutschen Tagespresse im Sommer 1933 stieß bei der sowjetischen Regierung auf Missfallen. Der sowjetische Botschafter in Berlin beschwerte sich beim deutschen Außenminister über die „feindliche Kampagne gegen die Sowjetunion".[29] Die sowjetische Seite vermutete, dass die deutschen Pressemeldungen über die Hungersnot eine Reaktion der NS-Regierung auf eine gegen sie gerichtete Demonstration am Rande der Beisetzung der kommunistischen Parteiführerin Clara Zetkin (1857–1933) in der Sowjetunion war.[30] Zugleich hatte die Sowjetregierung im eigenen Land eine Pressekampagne gegen NS-Deutschland gestartet, in der sie „Hunger und Elend im faschistischen Deutschland" anprangerte.[31]

Die sehr eingeschränkte deutsche Presseberichterstattung über den Holodomor ist nur im Zusammenhang mit der deutschen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion zu verstehen.

Die Berichte der deutschen Botschaft und Konsulate

Die Informationspolitik der deutschen Botschaft und der Konsulate in der UdSSR hatte einen bedeutenden Anteil daran, dass das Wissen über das Ausmaß des Hungers bei den Journalisten und staatlichen Stellen in Deutschland seit 1932 zwar vorhanden war, es aber nicht verbreitet wurde, auch nicht nach Hitlers Machtergreifung im Januar 1933. Deutschland hatte das dichteste Konsularnetz in der Sowjetunion, alleine drei der sieben Konsulate befanden sich in der Ukraine. Die Standorte Kiew, Charkiv und Odessa lagen in Regionen, die Zentren des Massenhungers waren.[32] Lediglich Polen verfügte über ein vergleichbares Wissen über das Ausmaß des Hungers und die regionalen Schwerpunkte.[33] Die Botschaft und die Konsulate berichteten seit 1932 an das Auswärtige Amt (AA) in Berlin über den Verlauf und das Ausmaß des Massenhungers in der Sowjetunion, unter anderem auch in der Ukraine. Der

---

[27] Sowjet-Russlands Agrarsorgen. Ein Situationsbericht des deutschen Agrar-Sachverständigen. Berliner Tageblatt, 9.6.1933 2. Beiblatt Morgen-Ausgabe.

[28] Deutsche Not in Russland. Berliner Tageblatt, 3.7.1933. – Helft retten! Berliner Tageblatt, 5.7.1933.

[29] „Aufzeichnungen der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Chinčuk mit dem Reichsaußenminister Freiherr von Neurath (3.7.1933)", in: Slutsch, Deutschland und die Sowjetunion [Fn. 17], S. 496.

[30] Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP(b) Stalin (5.7.1933), in: Slutsch, Deutschland und die Sowjetunion, [Fn. 17] S. 504.

[31] Golod i niščeta v fašistskoj Germanii. Pravda, 7.7.1933. – Golod i razorenie mass – sputniki germanskogo fašizma. Pravda, 8.7.1933, S. 1. – Reaktionen der nationalsozialistischen Presse blieben nicht aus: Hungerhölle Sowjetrußland. Das Massensterben im Sowjet ‚Paradies'". Völkischer Beobachter (Berliner Ausgabe), 18.8.1933.

[32] Zum Kiewer Konsulat Hencke, Erinnerungen [Fn. 15].

[33] 1988 wies Dmytro Zlepko in einer Auswahl von Dokumenten erstmals auf die detaillierte Kenntnis über den Massenhunger der deutschen Konsulate der Ukraine hin. Dmytro Zlepko: Der ukrainische Hunger-Holocaust. Stalins verschwiegener Völkermord 1932/33 an sieben Millionen ukrainischen Bauern im Spiegel geheim gehaltener Akten des deutschen Auswärtigen Amtes. Sonnenbühl 1988. – Orest Subtelny führte sie 2003 in die internationale Forschung ein. Orest Subtelny: German Diplomatic Reports on the Famine of 1933, in: Isajiw, Famine Genocide [Fn. 15], S. 13–25. – Leider fehlt bis heute eine kritische Edition der Berichte der deutschen Konsulate und der deutschen Botschaft. Aber die diplomatischen Berichte Polens, Italiens, Großbritanniens sind erforscht worden. Paolo Fonzi bereitet eine kommentierte Auswahl von Dokumenten vor. Vorab: Paolo Fonzi: Non-Soviet Perspectives on the Great Famine: A Comparative Analysis of British, Italian, Polish, and German Sources, in: Nationalities Papers, 1/2019, S. 1–16. – Ders.: The Germans and the Great Famine of 1932–1933, in: Harvard Ukrainian Studies (im Erscheinen). Dank sei dem Autor dafür, dass er uns das Manuskript zur Einsicht zur Verfügung gestellt hat.

Hunger bestimmte 1933 den Alltag der Konsulate in der Ukraine.[34] Die deutschen Diplomaten und Agrarexperten waren durchgehend russlandorientiert, es gab keine größere Verbundenheit mit der Ukraine aus der Zeit der politischen Unabhängigkeit der Ukraine, von Brest-Litowsk 1918 oder der anschließenden deutsch-österreichischen Besatzung der Ukraine.[35] In ihren Berichten finden sich drei Deutungen über den Zusammenhang von Massenhunger in der Ukraine und nationaler Frage.

Eine erste Interpretation schätzte den ukrainischen Nationalismus als schwach ein. Für die sowjetische Agrarpolitik in der Ukraine habe er keine Bedeutung gehabt. So berichtete der Generalkonsul in Charkiv in seinem Jahresrückblick vom 11. Dezember 1933, die Hungersnot in der Ukraine sei überwunden:

> Alle Beobachtungen hier lassen kaum ein ausgeprägtes ukrainisches Nationalbewußtsein oder gar eine die Loslösung aus nationaler Überzeugung ernsthaft verfolgende Bewegung im Volke erkennen, dagegen eine allgemeine, besonders im Bauerntum und den gebildeten Bürgerkreisen tief verwurzelte antisowjetische und antikommunistische Stimmung, zumal im letzten Jahre im Zusammenhang mit der Hungersnot im Lande und dem Umschwung in Deutschland.[36]

Die zweite Interpretation schloss sich dieser Lesart insofern an, als auch sie die Hungersnot als Kampf der Bolschewiki gegen eine Bauernschaft deutete, die sich nicht in die kollektivierte Landwirtschaft integrieren wollte, deren gewaltsame Einführung mit dem Kampf gegen Kirche und Religion sowie mit politischer Indoktrination verbunden war. Die Bevölkerung vermute hinter der Hungersnot keine Absicht, aber ein Mittel, um den bäuerlichen Widerstand gegen die Kollektivierung zu brechen. So hieß es im gleichen Konsularbericht vom 11. Dezember 1933 aus Charkiv:

> Die Hungersnot hat in der Ukraine unter der Bauernschaft Millionen Todesopfer gefordert. Sieben Millionen (nach einer vertraulich mitgeteilten amtlichen Feststellung) dürften nicht zu hoch geschätzt sein und das bedeutet, daß ein Viertel der Bauernbevölkerung vernichtet ist, auch im Vergleich zu den Opfern des Weltkrieges eine erschreckende Zahl. Die Überlebenden sind zum Teil noch ausgehungert und geschwächt für die notwendige harte Arbeit. In der Landbevölkerung herrscht die Überzeugung, daß die Sowjetmacht die Hungersnot zwar nicht absichtlich herbeigeführt, aber doch benutzt hat, um die Widerstände gegen das System und die Abneigung gegen die kollektivistischen Arbeitsmethoden zu brechen.[37]

Ein Bericht aus dem Konsulat Kiew von Mitte Januar 1934 stellte eine andere Sicht auf die Landbevölkerung ins Zentrum. Danach – das ist die dritte Interpretation – gebe es eine Verbindung zwischen Massenhunger und ukrainischer Identifikation:

> Auch die Entwicklung der ukrainischen Frage kann im Berichtsjahr nur in Zusammenhang mit der Hungersnot beurteilt werden. Durch diese Katastrophe, für die das Volk die Moskauer

[34] Hencke, Erinnerungen [Fn. 15].

[35] Nur Botschafter Herbert von Dirksen war 1918–19 in der diplomatischen Vertretung in Kiew angestellt. Herbert von Dirksen: Moskau-Tokio-London. Erinnerungen und Betrachtungen zu 20 Jahren deutscher Außenpolitik 1919–1939. Stuttgart 1949, S. 22–28.

[36] Deutsches Generalkonsulat Charkow. Tgb. 312. Charkow, den 11. Dezember 1933. Jahresbericht (Die allgemeine Lage in der Ukraine) 3 Durchschläge. An die Deutsche Botschaft in Moskau, in: Zlepko, Der ukrainische Hunger-Holocaust [Fn. 33], S. 210–244, hier S. 239.

[37] Zlepko, Der ukrainische Hunger-Holocaust [Fn. 33], S. 222.

> Politik verantwortlich machte, musste die alte Kluft zwischen den nach Selbständigkeit dringenden Ukrainern und dem Moskauer Unitarismus naturgemäß noch grösser werden. Charakteristisch für die Stimmung in der Bevölkerung ist die weit verbreitete Ansicht, die Sowjetregierung habe die Ausbreitung der Hungersnot gefördert, um die Ukrainer auf die Knie zu zwingen.[38]

Die deutschen Konsulate und die Botschaft in Moskau hatten keine genauere Kenntnis von der im Ergebnis antiukrainischen Politik Stalins und der Parteiführung der Bolschewiki, die sich seit Frühjahr/Sommer 1932 durchsetzte – unabhängig davon, ob es nun einen explizit nationalpolitisch oder antiukrainischen Beschluss oder Befehl gab oder nicht, der den Massenhunger in der Ukraine auslöste.[39]

Wie die deutschen Konsular- und Botschaftsberichte aus der Sowjetunion im Einzelnen im AA in Berlin aufgenommen wurden, ist bislang unbekannt. Paolo Fonzi weist jedoch überzeugend nach, dass das Auswärtige Amt und die deutschen Diplomaten in der Sowjetunion auch 1933 noch vom „Geist vom Rapallo“ beseelt waren und an der Vorstellung einer deutsch-russischen Sonderbeziehung und Kooperation unter veränderten – sowjetischen – Vorzeichen festhielten. Trotz der vorhandenen ideologischen Gegensätze habe es in der deutschen Außenpolitik erst 1935 eine Wende gegeben. Deshalb habe das Auswärtige Amt eine breite öffentliche Information über den Massenhunger oder eine propagandistische Ausschlachtung der Katastrophe abgelehnt und unterdrückt. Dabei spielten unterschiedliche Ansichten über die kurz- und mittelfristige Überlebensfähigkeit des sowjetischen Regimes und die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine Rolle.[40] Kein Konsularbericht über die katastrophale Lage in der Ukraine 1932–33 erreichte die Öffentlichkeit. Hitler oder andere Parteiführer der NSDAP setzten nur sporadisch auf die Ukraine als Hebel, um das Auseinanderbrechen der Sowjetunion zu fördern.[41]

Nachweisen lässt sich indes, dass sich diese Politik auf die deutsche, und hier insbesondere auf die kirchliche Hilfe für die Deutschen in der Sowjetunion und der Ukraine auswirkte. Der deutsche Botschafter in Moskau Herbert von Dirksen (1882–1955) und das Auswärtige Amt in Berlin verhinderten aus politischen Gründen, dass 1933 in Deutschland eine breite öffentliche Hilfskampagne für die Hungernden in Gang kam, die mit der internationalen Hungerhilfe 1921–1924 vergleichbar gewesen wäre.[42]

---

[38] Deutsches Konsulat II.4.8J.Nr. 348. Kiew, den 15. Januar 1934. 3 Durchdrucke. Mit sicherer Gelegenheit! In: Zlepko, Der ukrainische Hunger-Holocaust [Fn. 33], S. 261.

[39] Dieser Frage hat die Holodomor-Forschung ihre Aufmerksamkeit gewidmet. Bis heute ist eine derartige Quelle nicht gefunden worden. – Anne Applebaum: Red Famine. Stalin’s War on Ukraine. New York 2017. – Terry Martin: The 1932–33 Ukrainian Terror: New Documentation on Surveillance and the Thought Process of Stalin, in: Wsewolod W. Isajiw (ed.): Famine Genocide in Ukraine 1932–1933. Western Archives, Testimonies and New Research. Toronto 2003, S. 97–114.

[40] Happel, Der Ost-Experte [Fn. 13], S. 170–174. – Inna Prudnikova: Rapallo und die deutsche Russlandpolitik 1922–1933. Entstehungs- und Wirkungsgeschichte eines politischen Mythos. Berlin 2004, S. 262–270.

[41] Fonzi, The Germans [Fn. 33], S. 3–9 (Manuskript).

[42] Ebd., S. 7.

Kirchliche Hungerhilfe für die deutsche Bevölkerung in der Sowjetunion

Im Sommer 1921 hatten die sowjetrussische Regierung unter Lenin, der Schriftsteller Maksim Gor'kij (1868–1936) und der Moskauer Patriarch um internationale Hilfe für die Bekämpfung des Massenhungers gebeten. Der Massenhunger von 1921–1923/24 wurde als Resultat von Weltkrieg und Bürgerkrieg gedeutet. 1932–33 verneinte die sowjetische Regierung dagegen die Existenz einer Hungersnot, denn sie hätte sofort die Frage nach der Verantwortung des Sowjetsystems aufgeworfen.

Materielle Hilfe der kirchlichen Organisationen wurde toleriert und gefördert, wenn sie in einem engen Rahmen erfolgte. Sie gefährdete nicht die deutsch-sowjetischen politischen Beziehungen. Sie war eine Reaktion auf tausende Briefe, die protestantische und katholische Gläubige mit der Bitte um Hilfe nach Deutschland geschickt hatten. Mehr als 60 Prozent der 1,0–1,2 Millionen Deutschen, die Anfang der 1930er Jahre in der Sowjetunion lebten, darunter fast 400 000 in der Ukrainischen SSR, waren Lutheraner, 15–20 Prozent Katholiken, 15 Prozent Mennoniten. Der Rest gehörte anderen evangelischen Glaubensgemeinschaften an. Der allergrößte Teil waren Sowjetbürger deutscher Nationalität, hinzu kamen einige Tausend sogenannte Reichsdeutsche.[43]

Das breite interkonfessionelle Aktionsbündnis „Reichsausschuss Brüder in Not", das 1922 für die Hungerhilfe für Sowjetrussland und die Sowjetunion gegründet worden war, um den Auslandsdeutschen zu helfen,[44] wurde im November 1932 auf Anregung des Auswärtigen Amtes als „Aktion Brüder in Not" revitalisiert, nachdem die Konsulate und die Botschaft Deutschland über den Hunger in der Sowjetunion informiert hatten. Spätestens im März 1933 – also noch vor der aufsehenerregenden, im Namen der „Aktion Brüder in Not" organisierten internationalen Presseerklärung von Gareth Jones in Berlin am 29. März und seinem Artikel im *Berliner Tageblatt* vom 1.4.1933 – wurde aus Briefen aus der Sowjetunion, welche die katholischen Caritasstellen erreichte, erkennbar, dass in der Sowjetunion „bereits ein Massensterben" eingesetzt hatte. Im Laufe des Jahres 1933 gingen 6000 bis 7000 Briefe täglich an evangelische Organisationen in Deutschland mit der Bitte um Hilfe ein.[45]

Auf protestantischer Seite wurde der Hilfsausschuss „Brüder in Not" aktiv. Seit dem Frühjahr 1933 war er als Reichsausschuss organisiert, in dem der Einfluss der Nationalsozialisten wuchs. Für die Katholiken in der Sowjetunion wurde die materielle Unterstützung durch den Vatikan „durch den Caritasverband bzw. durch die kath. Fürsorge für Russland" geleitet.[46] In den 1920er Jahren war ein transnationales katholisches Netzwerk aufgebaut worden, zunächst für verfolgte Geistliche und bedrängte kirchliche Gemeinden in der UdSSR, dann stärker flächendeckend während des Massenhungers 1932–33. Das entscheidende Scharnier waren

[43] Viktor Krieger: Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler. Eine Geschichte der Russlanddeutschen. Bonn 2015, S. 92.

[44] Cornelia Witz: „Brüder in Not!" Der Deutsche Caritasverband und die reichsdeutschen Hilfsaktionen für die hungernden Russlanddeutschen, in: Alfred Eisfeld, Guido Hausmann, Dietmar Neutatz (Hg.): Hungersnöte in Russland und in der Sowjetunion 1891–1947. Regionale, ethnische und konfessionelle Aspekte. Essen 2017, S. 275–296, hier S. 281 und S. 292.

[45] Dokument Nr. 39 Schreiben von Wienken an den Direktor von Catolica Unio Dr. Müller vom 18. März 1933. In: Konfessionelle Netzwerke der Deutschen in Russland 1922–1941. Quellen-Datenbank. Hg. von Katrin Boeckh, Emilia Hrabovec, <http://konnetz.ios-regensburg.de/dokumenteview.php?ID=39>.

[46] Dokument Nr. 34 in: Ebd. <http://konnetz.ios-regensburg.de/dokumenteview.php?ID=34>.

die deutschen Konsulate und die deutsche Botschaft in Moskau, über die Pakete und Geld weitergeleitet wurden. Auch über das Internationale Rote Kreuz und die neue sowjetische Außenhandelskette *Torgsin* floss Hilfe ins Land.[47]

Die kirchliche Hungerhilfe für die Deutschen der Sowjetunion erfolgte nur in eingeschränkten Formen, mit Hilfe eines Aufrufs in Zeitungen und von Paketen über die „Gesellschaft für Paketversand nach der UdSSR", organisiert über die Hauptvertretung des Deutschen Caritasverbandes Berlin, so dass auf diesem Wege auch Informationen über die Hungersnot in die breitere Öffentlichkeit gelangten. Im März 1933 informierte das Auswärtige Amt die Evangelische, Mennonitische und Katholische Kirche vertraulich über einen Hilfsplan, der das Zusammenspiel von AA und kirchlicher Hilfe in Deutschland zeigt:

> Das Deutsche Reich hat auf Grund von Handelsverträgen mit Russland auch in diesem Jahre wieder von Russland eine größere Menge von Getreide übernehmen müssen. Dieses Getreide ist nun nicht nach Deutschland überführt worden, sondern lagert noch in Russland. Deutschland hat auch zur Zeit keine Verwendung für dieses Getreide. Es besteht nun die Möglichkeit, dass vielleicht dieses Getreide – etwa 25 000 to – für die hungernde deutschstämmige Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird. Schätzungsweise könnte bei der Verteilung auf den Kopf der Hilfsbedürftigen 1 Zentner Getreide entfallen. Eine ordnungsgemässe Verteilung und eine Garantie dafür, dass die Notleidenden tatsächlich in den Besitz des Getreides kommen, ist gewährleistet. Die Deutsche Regierung hat diesbezüglich Pläne ausgearbeitet und wird die dazu notwendigen Verhandlungen mit den russischen Behörden, wie so oft, mit Erfolg führen können.[48]

Das AA verband das mit einer Bitte. Die deutsche Regierung könne aufgrund der angespannten Lage in Deutschland lediglich einen Teil der Kosten, 500 000 der etwa 1,5 Millionen Mark, übernehmen. Die protestantische und die mennonitische Religionsgemeinschaft habe je 400 000 Mark zugesichert. Nun wurde die katholische Kirche gebeten, die restlichen 200 000 Mark beizusteuern.[49]

Die Sowjetunion setzte in den Hungerjahren den Export von Getreide, unter anderem nach Deutschland fort, um mit dem Geld Maschinen für die Industrialisierung zu kaufen. 1931 hatten die Getreideexporte mit 5,2 Millionen Tonnen einen Höchststand erreicht. Im Hungerjahr 1932 gingen sie zwar stark zurück, betrugen aber immer noch 1,8 Millionen t und 1933 noch 1,7 Millionen Tonnen. Daneben wurden auch mehrere Tausend Tonnen anderer Lebensmittel, wie Butter, Schinken, Eier, Geflügel, Äpfel, Honig und anderes aus der Ukraine exportiert.[50]

---

[47] Katrin Boeckh: Konfessionelle Netzwerke der Russlanddeutschen. Zur Verfolgung der Katholiken in der Sowjetunion (1917–1939), in: Historisches Jahrbuch, 137/2017, S. 268–303, hier S. 295–299.

[48] Dokument Nr. 38 Schreiben des Direktors des Deutschen Caritasverbandes Heinrich Wienken an den Präsidenten der Päpstlichen Kommission für Russland, Michel d'Herbigny, vom 15. März 1933, in: ebd.

[49] Ebd.

[50] Rudolf Mark, Gerhard Simon: Die Hungersnot in der Ukraine und anderen Regionen der Sowjetunion 1932 und 1933, in: OSTEUROPA, 12/2004, S. 7. – Applebaum, Red Famine [Fn. 39], S. 193. – Hans-Werner Niemann: Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen von Rapallo (1922) bis zum Angriff auf die Sowjetunion (1941), in: Deutschland und das bolschewistische Russland von Brest-Litowsk bis 1941. Berlin 1991, S. 87–110. – Patricia Flor: Die Sowjetunion im Zeichen der Weltwirtschaftskrise. Außenhandel, Wirtschaftsbeziehungen und Industrialisierung 1928–1933. Berlin 1995.

Versucht man nun, die Frage zu beantworten, was die Deutschen über den Massenhunger in der Sowjetunion und in der Ukraine 1932–33 wussten, so lässt sich dreierlei konstatieren: zum einen dürften im Laufe des Jahres 1933 die meisten kirchlich (protestantisch oder katholisch) gebundenen Deutschen vom Massenhunger in der Sowjetunion erfahren haben, zweitens war für sie die Ukraine nur eines von mehreren Hungergebieten in der Sowjetunion, denn die größere Aufmerksamkeit galt der Wolgaregion und den Wolgadeutschen und drittens blieben für sie die genaueren Ursachen des Massenhungers unbekannt. Sie dürften kaum gewusst haben, ob sie auf natürliche Ursachen wie eine schlechte Ernte zurückzuführen war, oder ob politische Gründe eine entscheidende Rolle spielten. Der deutsche Botschafter in der Sowjetunion von Dirksen hatte im Juli 1933 *Brüder in Not* auf die wachsende sowjetische Kritik an Verdächtigungen gegenüber ihrer Agrarpolitik hingewiesen, die dann 1934 zur faktischen Einstellung der kirchlichen und damit der deutschen und internationalen Hungerhilfe führten.[51]

Die Informationslage für konfessionell gebundene Menschen in Deutschland und Österreich war deutlich besser als die in anderen Ländern Europas und in den USA. Das erklärt zum Teil, dass eine Initiative des Wiener „Kardinal-Innitzer-Komitees" auf Errichtung eines „Welthilfswerkes für Russland" ebenso wirkungslos blieb wie die internationale Kampagne des Generalsekretärs des Europäischen Nationalitätenkongresses Ewald Ammende (1882–1955) und Aufrufe der Genfer „Minderheiten-Konferenz". In anderen europäischen Ländern kam es allenfalls sporadisch zu Hilfe.[52]

Der deutsch-baltische Nationalitätenpolitiker und promovierte Staatswissenschaftler Ewald Ammende veröffentlichte 1935 das wichtige Buch *Muß Rußland hungern? Menschen und Völkerschicksale in der Sowjetunion*. Auf über 300 Seiten legt er die Ursachen der Hungersnot und ihr Ausmaß, die Verschleierungsmethoden der Sowjetregierung und die Reaktion des Auslands dar. [53] Ammende verknüpfte die Hungerfrage mit der sowjetischen Nationalitätenpolitik und vertrat die These einer systematischen Vernichtung verschiedener Minderheiten in der Ukraine (Polen, Ungarn, Rumänen, Juden, Weißrussen und Krimdeutsche). Das Buch enthält einige der wenigen zeitgenössischen Fotos zur Hungersnot, die der österreichische Ingenieur Alexander Wienerberger 1933 in Charkiv aufgenommen hatte. [54] Ammende stand den Nationalsozialisten kritisch gegenüber und setzte sich für Minderheitenrechte für Juden ein. Dennoch wurde sein Buch von den sowjetischen Behörden als nationalsozialistische Propaganda diskreditiert.[55]

Instrumentalisierung des Holodomor in Deutschland 1933–1945

[51] Witz, „Brüder in Not!" [Fn. 44], S. 294–295.

[52] Die Argumentation folgt hier Boeckh, Konfessionelle Netzwerke [Fn. 47], S. 298. Die Mennonitengemeinden in Nordamerika waren durch Briefe informiert, O.J. Pohl et al.: „In our hearts we felt the sentence of death": ethnic German recollections of mass violence in the USSR, 1928–48, in: Journal of Genocide Research, 2/2009, S. 323–354.

[53] Ewald Ammende: Muss Russland hungern? Menschen und Völkerschicksale in der Sowjetunion. Wien 1935.

[54] Josef Vogl: Alexander Wienerberger – Fotograf des Holodomor, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Jahrbuch 2015. Feindbilder. Wien 2015, S. 259–272.

[55] Sabine Bamberger-Stemmann: Der Europäische Nationalitätenkongress 1925 bis 1938. Nationale Minderheiten zwischen Lobbyistentum und Großmachtinteressen. Marburg 2000, S. 42ff. – Die Diskreditierung von Ammende durch sowjetische Behörden wurde Jahrzehnte später von einigen DDR-Historikern übernommen.

Es gab mehrere Tausend Deutsche, die die Hungersnot 1932–33 in der Sowjetunion miterlebten. Dabei handelte es sich um Arbeitskräfte, die in den 1930er Jahren auf Einladung der Sowjetführung in die Sowjetunion gekommen waren; darunter hochqualifizierte Fachleute, die im Auftrag von deutschen Firmen in der Sowjetunion tätig waren, politische Flüchtlinge und Migranten, die der Arbeitslosigkeit zuhause zu entkommen suchten.[56] Laut dem Volkskommissariat für die Schwerindustrie waren 1932 etwa 6800 Ausländer in der sowjetischen Schwerindustrie beschäftigt, 2300 Spezialisten und 4500 Arbeiter. Fast die Hälfte der Ausländer (3300) kam aus Deutschland, etwa 1700 waren Amerikaner.[57] Deutsche Arbeitskräfte waren in der Sowjetunion besonders beliebt, weil sie gut ausgebildet und in der Regel billiger als ausländische Konkurrenten waren. Die Forschung geht von etwa 5000 deutschen Facharbeitern in der Sowjetunion aus, von denen viele Bergleute aus dem Ruhrgebiet waren.[58] Der wichtigste Beweggrund für die meisten „Russlandfahrer" war die Suche nach Arbeit, Brot und besseren Lebensbedingungen für sich und ihre Familien; nicht selten war das mit einer kommunistischen Überzeugung gepaart.

Der Düsseldorfer Techniker Alfred Kempin (geb. 1903) war zwischen 1930 und 1933 im Auftrag seiner deutschen Firma zu Schachtabteufungen in die sowjetukrainische Hauptstadt Charkiv gegangen. Direkt nach seiner Rückkehr hatte Kempin für seinen Betrieb einen ausführlichen Bericht über seine Erlebnisse in der Sowjetukraine verfasst. Darin erinnert er sich an die schrittweise abnehmenden Versorgungsunterschiede zwischen ausländischen Fachkräften und der einheimischen Bevölkerung:

> In den Verkaufsläden wurden Lebensmittel- und Textilwaren immer weniger. Wir fragten uns immer wieder, wovon die Menschen noch leben könnten. Mit der Zeit hatten wir schon viele russische Bekannte. Bittend und flehend kamen sie des öfteren zu uns, um ihnen doch in unserem Geschäft einige Lebensmittel zu besorgen, denn die meisten waren noch in dem guten Glauben, dass wir Ausländer reichlich und gut versorgt würden. In der Tat war es anders, auch unsere Normen schrumpften mehr und mehr zusammen. Trotzdem haben wir immer wieder versucht nach Möglichkeit zu helfen. Trotz voller Arbeit waren die Leute nicht mehr im Stande sich satt zu essen. Mit bleichen Gesichtern und hohlen Wangen liefen Groß und Klein herum.

Kempins Erinnerungen zeigen aber auch, dass die ausländischen Arbeitskräfte und Spezialisten in der Regel besser mit Lebensmitteln, Gebrauchsgütern und Wohnraum versorgt waren als ihre sowjetischen Kollegen. Aber da es immer weniger zu verteilen gab, teilten auch sie den Mangel und mussten nicht selten einen niedrigeren Lebensstandard als in ihrer Heimat

[56] S. Shurawljow: „Ich bitte um Arbeit in der Sowjetunion" – Das Schicksal deutscher Facharbeiter im Moskau der 30er Jahre. Berlin 2003. – W. Mensing: Von der Ruhr in den GULag. Opfer des Stalinschen Massenterrors aus dem Ruhrgebiet, Essen 2001. Von den etwa 5000 deutschen Kommunisten, die Mitte der 1930er Jahre Zuflucht vor dem Nationalsozialismus in der Sowjetunion gesucht hatten, wurden viele Opfer des stalinistischen Terrors. Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Münster 1996. – Hans Schafranek: Zwischen NKVD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941. Frankfurt/Main 1990.

[57] Die Lage der ausländischen Arbeiter und Fachleute in der UdSSR, in: Sowjetwirtschaft und Aussenhandel. Halbmonatsschrift der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland, 7/1932, S. 9–14.

[58] Tanja Penter: Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953. Essen 2010, S. 109–117.

in Kauf nehmen.[59] Etliche zog es schon nach kurzer Zeit wieder in die Heimat zurück. Besser gestellt waren jene Spezialisten, die im Auftrag deutscher Firmen zum Aufbau von Maschinen und Anlagen in die Sowjetunion gingen und deren Verträge von den Firmen ausgehandelt wurden.[60]

Kempins Bild vom alles und alle erfassenden Hunger in Charkiv kristallisiert sich im täglichen Gang zum Markt, wo üblicherweise Lebensmittel angeboten wurden:

> Jeden Morgen führte mein Weg zum Markt. Im Sommer bei furchtbarer Hitze und im Winter bei eisiger Kälte, hielten die Leute ihre Habseligkeiten feil. Alles ist sehr schmutzig und man fürchtet mit jemandem in Berührung zu kommen. Bettler und Krüppel liegen zu beiden Seiten des Weges und unheimlich viele kleine Kinder halten ihre Händchen auf und bitten um ein Stückchen Brot. Nie werde ich vergessen, wie ein alter Bauer mit seinem letzten Vieh über die Strasse gezogen kam. Haus und Hof hatte man ihm genommen, für das Vieh mangelte es an Futter und 2 bis zu Skeletten abgemagerte Kühe standen vor dem Wagen, darauf liegt ein Tier dem Verenden nahe. Dieses alles bei einer Kälte von 24°. Bittere Tränen und Empörung von Seiten der Bevölkerung, aber helfen kann niemand. Nur für GPU und Militär wird noch einigermassen gesorgt. Es ist die Hoffnung und Stärke der Regierung. […] Heimatlose Kinder gab es erschreckend viel. Viele Eltern sind auf tragische Art, vielleicht durch Krankheit, Hunger, vielleicht auch in der Verbannung ums Leben gekommen. Und dieser heimatlosen Geschöpfe nimmt sich niemand an. In Kellerlöchern, auf den Strassen und Höfen treiben sie ihr Unwesen. Der Winter war bitterkalt. [. . .] Die Zahlen der Hungernden und Sterbenden wuchsen gewaltig. In der Ukraine sind im vergangenen Winter 5.000.000 Menschen dem Hungertode zum Opfer gefallen.

Dass Kempin von fünf Millionen Hungertoten in der Ukraine spricht, zeigt, dass Schätzungen über die Opferzahlen zirkulierten, die spekulativ waren und die Situation in irgendeiner Weise fass- und vorstellbar machen sollten. In seiner Darstellung von Charkiv verbindet er in der Erinnerung an den Sommer 1933 anschaulich persönliche Darstellungen über den sich ins Stadtzentrum fressenden Hunger, die Präsenz des Todes, und eine öffentliche Ordnung, die nicht vor dem Tod schützte, sondern ihn herbeiführte, mit kaum nachprüfbaren Zahlenangaben:

> In Charkow, mit einer Einwohnerzahl von 500 bis 600 Tausend starben täglich 350 bis 400 Personen an Hunger. Tote und Sterbende konnte man jetzt zu jeder Tageszeit und an allen Enden der Stadt sehen. Es war grauenhaft. Männer, Frauen und Kinder lagen am Strassenrand mit geschwollenen Händen und Füssen und bis zum Skelett abgemagerten Körpern. Weinend und klagend baten sie um ein Stück Brot. Mein Weg zur Arbeitsstelle führte mich 1/2 Stunde über die Sumskaja, die Hauptstrasse der Stadt. Bis zu 50 von diesen armen elenden Menschen habe ich auf diesem Wege zählen können. Die schlimmsten Orte waren die Marktplätze, denn dort versprach sich jeder Hungernde noch eine Kleinigkeit erbetteln zu können. Die Polizei hatte alle Hände voll zu tun. Wir selbst zählten die Tage bis zur endgültigen Abreise. Anfang Juli war unser Vertrag beendet. Es war nicht ratsam, dass ein Deutscher oder sonstiger Ausländer allein über die Strasse ging. Nach Möglichkeit hat man das Haus jetzt sehr wenig verlassen. Bei Einbruch der Dämmerung und in den Nächten wurden in grossen Lastwagen alle

[59] Elena Osokina: Our daily bread. Socialist distribution and the art of survival in Stalin's Russia, 1927–1941. New York, London, 2001, S. 98–101.
[60] Dr.-Ing. Altmann: Die Stellung des deutschen Fachmannes in der Sowjetunion, in: Kohle und Erz, 13–14/1932, S. 214–215.

> Toten zusammengesucht. Sie alle zu beerdigen war unmöglich. In grossen Massengräbern, an Schluchten und Abhängen wurden Autos ihrer traurigen Last entledigt. So ging es nun Tag für Tag. Dazu brach erneut Typhus aus. 200 bis 300 Typhuskranke wurden jeden Tag gezählt. In den Büros und Fabriken waren 25–30 Prozent kranke Menschen. […] Trotz dieser grauenhaften Zustände war Militär und GPU in allen Dörfern mit Haussuchungen nach Getreide und Mehl bei den Ärmsten beschäftigt. Mit entsichertem Gewehr oder Revolver wurde auch das letzte Korn geraubt.[61]

Alfred Kempin wurde erst fünf Jahre nach seiner Rückkehr nach Deutschland, im Mai 1938, von der Gestapo zu seinen Erlebnissen in der Sowjetunion befragt. Während Heimkehrer aus der Sowjetunion bis zum Ende der Weimarer Republik politisch unbehelligt geblieben waren, hegte das NS-Regime ein starkes Misstrauen gegen sie. Das Regime hielt sie für potentiell gefährliche Marxisten. Seit 1935 wurden sie von der Gestapo streng überwacht und vernommen.[62]

Nach einem Gestapo-Erlass vom Juni 1937 über den Umgang mit Russlandrückkehrern waren diese in drei Gruppen einzuteilen: A) Rückwanderer, die der NSDAP angehörten oder wertvolle Arbeit für die Partei leisteten; B) Rückkehrer, die politisch unbelastet schienen; C) politisch belastete Heimkehrer, Kommunisten und Feinde der nationalsozialistischen Bewegung.[63] Die Vernehmungen der Rückkehrer aus der Sowjetunion dienten einerseits dazu, deren Loyalität zur NS-Regierung zu überprüfen. Andererseits sollten auch nachrichtendienstlich wichtige Erkenntnisse über die sowjetische Innenpolitik, Gesellschaft und Alltagsleben sowie die Infrastruktur gesammelt werden.[64] Unter den „Heimkehrern“ waren mehrere Tausend Russland- und Ukrainedeutsche,[65] zumeist bäuerliche Kolonisten, die in Deutschland über ihre Hungererfahrungen berichteten und bereits vor dem Zweiten Weltkrieg Erinnerungsspuren über den Holodomor hinterließen. Allerdings geschah auch dies nur in höchst begrenzter und nicht öffentlicher Form.

Der Holodomor in der NS-Propaganda nach Juni 1941

Zu einem zentralen Thema der NS-Propaganda wurde die Hungersnot 1932–1933 in der Ukraine nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion 1941. Dass die erste öffentliche

---

[61] Alfred Kempin: Meine Erlebnisse und Betrachtungen während meiner 3 1/2-jährigen Tätigkeit in der U.d.S.S.R-Russland (10.9.1933), in: Politisches Archiv des AA, RZ 211, 151.666. Neben den detaillierten Beschreibungen der Hungerkatastrophe enthielt der Bericht auch offen antisemitische Passagen: „War es in den ersten Jahren nicht direkt so fühlbar, dass der Jude in Russland das Heft in der Hand hatte, so machten die Juden jetzt selbst kein Hehl mehr daraus, dass sie die Herrscher Russlands seien. Alle besseren Stellungen beim Staat oder in öffentlichen Betrieben waren durch Juden besetzt. [. . .] So war es denn auch weiter nicht verwunderlich, dass unter den vielen hungernden Menschen kaum ein Jude zu finden war.“ Es bleibt unklar, ob Kempin ein überzeugter Antisemit war, oder mit diesen Aussagen seine Loyalität zum NS-System unter Beweis stellen wollte. Für den Hinweis auf diese Quelle danken wir Wilhelm Mensing.

[62] Wilhelm Mensing: Sowjetbürger werden oder packen – Stalin und der Exodus der Russlanddeutschen im Spiegel der Akten des Auswärtigen Amts, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2015. Berlin 2015, S. 217–236.

[63] Wilhelm Mensing: Die Vernehmungsprotokolle der Rußlandrückkehrer – eine unausgeschöpfte Fundgrube im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3/2003, S. 154–164. Hier ist auch der Gestapo-Erlass dokumentiert, S. 165–170.

[64] Mensing, Sowjetbürger werden [Fn. 62].

[65] 1939 schätzte die Gestapo die Zahl der seit 1930 aus der UdSSR nach Deutschland zurückgekehrten Russlanddeutschen auf 8500. Mensing, Sowjetbürger werden [Fn. 62], S. 232.

Diskussion der Hungerkatastrophe während der deutschen Besatzungsherrschaft 1941–1944 in der Ukraine auf den Seiten der NS-Propagandapresse stattfand, wird in der deutsch-ukrainischen Geschichte kaum beachtet. In der Sowjetunion war der Hunger von 1932–33 ein Tabu, wer öffentlich über die Opfer sprach, konnte wegen Vaterlandsverrat, antisowjetischer Propaganda oder konterrevolutionärer Agitation bestraft werden.[66] Nun informierten die NS-Propagandabehörden die sowjetische Bevölkerung über den Holodomor sowie andere Verbrechen Stalins, während die Besatzungstruppen selbst mit Terror und Gewalt herrschten.

Die deutschen Besatzer ermöglichten auch die erste wissenschaftliche Untersuchung zur Demographie der Hungersnot. Der Agrarökonom Stepan Sosnovyj kam auf der Basis von Volkszählungsmaterial von 1926 und 1939 sowie sowjetischen Statistiken zum Schluss, dass der ukrainische Bevölkerungsverlust durch Hunger 4,8 Millionen Menschen betrage. Dazu zählte er noch indirekte Verluste von 2,7 Millionen Menschen infolge des Rückgangs der Geburtenrate. Insgesamt sei für die Ukraine ein Bevölkerungsdefizit von 7 466 000 Menschen zu konstatieren.[67] Ein Teil dieser Informationen wurde am 8. November 1942 in der Zeitung *Nova Ukraina* veröffentlicht. Diese Opferzahlen sind etwas höher als die der heutigen Forschung. Ukrainische Demographen gehen von etwa 4,5 Millionen Menschen aus, davon 3,9 Millionen direkte Hungertote und 0,6 Millionen Geburtenverluste.[68] Die genaue Zahl der Opfer bleibt schwer zu ermitteln, da die sowjetischen Behörden in den Hungerjahren angewiesen worden waren, die Opfer nicht zu dokumentieren.

Als Wissenschaftler konnte Sosnovyj die neuen Bedingungen unter deutscher Besatzungsherrschaft nutzen, um zu forschen und seine Erkenntnisse über die Hungersnot einem breiteren ukrainischen Publikum zugänglich zu machen. Sein Text hatte passagenweise antisemitische Untertöne, durch die er der Besatzungsmacht möglicherweise seine Loyalität versichern wollte. Die Deutschen besaßen ein Interesse an validen Daten zur Bevölkerungsstruktur in den besetzten Gebieten. Diese Daten ließen sich propagandistisch und für die eigenen bevölkerungspolitischen Planungen nutzen.[69] Im Ergebnis dieser verschiedenen Aktivitäten zur Enthüllung und Erforschung der Hungersnot lässt sich ansatzweise von einer ersten Phase der „Entstalinisierung“ im Sinne einer Aufarbeitung der Verbrechen Stalins in der besetzten Ukraine sprechen, die aber paradoxerweise mit einer neuen Diktaturerfahrung durch die NS-Besatzungsherrschaft einherging.[70] Daran knüpft sich die interessante, aber noch nicht zu beantwortende Frage an, ob sich diese erste „Entstalinisierungs“-Erfahrung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten in der Nachkriegsentwicklung dieser Regionen niederschlug. Das liegt durchaus nahe. In den nicht besetzten Teilen der Sowjetunion konnte die Aufarbeitung der Verbrechen des Stalinismus erst nach Stalins Tod, Mitte der 1950er Jahre, unter Nikita Chruščev erfolgen. Allerdings fand

[66] V.T. Maljarenka: Reabilitacija represovanych: zakonodavstvo ta sudova praktika. Kyïv 1997, S. 20–24.
[67] Stepan Sosnovyj: Pravda o golode na Ukraine v 1932–1933 godach: Nova Ukraïna, 8.11.1942. An anderer Stelle schrieb er von 4,5 bis 5 Millionen direkten Hungertoten und weiteren Menschenverlusten in Höhe von 2,5 Millionen als Folge des Rückgangs der Geburtenrate. CDA VOV (Central'nyj deržavnyj archiv vyščych orhaniv vlady ta upravlinnja Ukrainy), F. 3676, Op. 1, D. 36, S. 27.
[68] Applebaum, Red Famine [Fn. 39], S. 280.
[69] Tanja Penter, Dmytro Tytarenko: Der Holodomor und die NS-Propaganda: Die Berichterstattung über die Hungersnot in der Besatzungspresse in der Ukraine (1941–1944) und ihr schwieriges Erbe, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte,1/2021, im Erscheinen.
[70] Ebd.

in der berühmten Geheimrede, in der Chruščev mit Stalin, dem Personenkult und einigen Verbrechen abrechnete, die Kollektivierung und die Hungersnöte keine Erwähnung.[71]

Die Ukraine unterscheidet sich darin von anderen Hungerregionen der Sowjetunion. In Kasachstan etwa, wo 1932/1933 Hunderttausende Menschen verhungerten, konnte die Katastrophe erst nach dem Ende der Sowjetunion thematisiert werden.[72] In der Ukraine nahmen Historiker und Vordenker der nationalen Bewegung während der Perestrojka das Thema wieder auf und profitierten von den Erkenntnissen der ukrainischen Diaspora.

Welches Bild vermittelte die NS-Propaganda von der Hungersnot? Und welche Spuren hat dieses Bild in der postsowjetischen Erinnerungskultur hinterlassen?[73] Den deutschen Besatzern diente die Hungerkatastrophe als Motiv, um die gezielte Hungerpolitik als eigentliche Ursache des Hungers unter der eigenen Besatzung zu verschleiern. Die Verantwortung für den Hunger wurde der sowjetischen Führung zugeschrieben. Die Rote Armee habe bei ihrem Rückzug Nahrungsmittel abtransportiert und vernichtet, weil sie wie 1932 eine gezielte Hungerkrise gegen die ukrainische Bevölkerung geplant habe.

Die NS-Propagandapresse hob die ukrainischen Opfer und das besondere Leiden der ukrainischen Nation unter der Sowjetherrschaft hervor, während die Hungeropfer in anderen Teilen der Sowjetunion bagatellisiert wurden. Die Hungersnot sei „bewusst initiiert und auf teuflische Weise von der Besatzungsmacht des Roten Moskau geleitet“ worden.[74] Die Bolschewiki verfolgten den „kriminellen Versuch, das ukrainische Volk physisch zu zerstören“,[75] während die Deutschen die „systematische Erniedrigung des ukrainischen Volkes“[76] verurteilten. Die Politik der sowjetischen Führung gegenüber den ukrainischen Bauern habe darauf gezielt, „alles bis dahin Bestehende, Individuelle und Rassische zu zerstören“.[77] Die NS-Propagandisten übertrugen den in der Sowjetunion ungebräuchlichen Begriff „Rasse“ auf die Ukrainer. Einige der nationalsozialistischen Publikationen verwendeten implizit die These vom gezielten Völkermord der Bolschewiki an den Ukrainern.[78]

---

[71] Rede des Ersten Sekretärs des CK der KPSS, Nikita S. Chruščev auf dem XX. Parteitag der KPSS und der Beschluss des Parteitages „Über den Personenkult und seine Folgen“, 25.2.1956, <www.1000dokumente.de/?c=dokument_ru&dokument=0014_ent&object=translation&l=de>.

[72] Robert Kindler: Stalins Nomaden: Herrschaft und Hunger in Kasachstan. Hamburg 2014. – Sarah Cameron: The Hungry Steppe: Famine Violence, and the Making of Soviet Kazakhstan. Ithaca 2018. – Niccolò Pianciola: Stalinismo di frontiera. Colonizzazione agricola, sterminio dei nomadi e costruzione statale in Asia centrale (1905–1936). Roma 2009.

[73] Robert Kindler: Opfer ohne Täter. Kasachische und ukrainische Erinnerung an den Hunger 1932/33, in: OSTEUROPA, 3/2012, S. 105–120.

[74] P. Sajhajdačnyj: Brat-bratovi! Nova Ukraïna, 11.1.1942.

[75] F. Baran-Butovič: Na novyj istoryčnyj šljach, in: Ukraïns’ke Polissja, Dezember 1941, (in: Staatsarchiv des SBU, F. P-16402, D. 190).

[76] N. Ščerbyna: Den’ vyzvolennja Ochtyrščyny. Nova Ukraïna, 21.10.1942.

[77] P. Sajhajdačnyj: Džerelo žyttja narodu. Nova Ukraïna, 28.12.1941.

[78] Penter, Tytarenko, Der Holodomor [Fn. 69].Natürlich verwendeten sie nicht den Begriff Genozid, der zum damaligen Zeitpunkt ebenso wenig wie das dahinter stehende völkerrechtliche Konzept existierte. Der Begriff wurde erst 1944 von Raphael Lemkin geprägt. Raphael Lemkin: Axis Rule in Occupied Europe: Laws of Occupation, Analysis of Government Proposals for Redress. Washington 1944. – Dazu Andrii Portnov: Der Holodomor als Genozid. Historiographische und juristische Diskussionen, in: OSTEUROPA, 1–2/2020, S. 31–49.

Zugleich machten die NS-Propagandisten nach dem herrschenden rassistisch-antisemitischen Denken Juden für die Hungersnot verantwortlich:

> Nur ein Teil der Bevölkerung bekam den Hunger nicht zu spüren. Das waren die Juden. Sie nutzten still und heimlich die Dienste von „Torgsin", in deren Läden es alles gab, was man sich nur wünschen konnte, einschließlich Lebensmittel. Aber sie konnten nur mit Gold und ausländischen Währungen gekauft werden, und den Juden fehlte es weder an Gold noch an Dollar.[79]

Auch wenn das Bild noch vorläufig ist, da es sich nur auf eine Untersuchung der Besatzungspresse in der Ukraine bezieht, ist doch deutlich, dass die Hungersnot in der Ukraine unter nationalsozialistischer Herrschaft zwar thematisiert wurde, dies jedoch auf höchst instrumentelle Weise. Im Vordergrund stand die Hetze gegen die jüdische Bevölkerung, bevor sie systematisch vernichtet wurde.

Warum erforschten deutsche Historiker nicht den Holodomor?

Die Erinnerungsspuren der ukrainischen Hungersnot waren im Nachkriegsdeutschland so schwach, dass sie kaum zu erkennen und nachzuzeichnen sind. Waren sie in der DDR jenseits des ideologisierten historischen Schrifttums über Stalin und die fortschrittliche Sowjetordnung zu finden? Wie erinnerten sich nach 1945 in Westdeutschland aus der Sowjetukraine emigrierte Deutsche, Angehörige der ukrainischen Diaspora oder Ex-Soldaten, die während des Zweiten Weltkrieges in der Ukraine waren, an die Hungersnot von 1932–33? Erinnerungen wurden vielleicht privat aufbewahrt, gelangten aber nur sporadisch in die breitere Öffentlichkeit. 1946 erreichten Victor A. Kravchenkos Erinnerungen an seine Jahre als Bolschewik in der Sowjetukraine der Zwischenkriegszeit eine größere Öffentlichkeit. Darin stellt er dar, welche seelischen Wunden die „Dorfgreuel" in der südöstlichen Ukraine 1932–33 in ihm anrichtet hatten.[80] Drei Jahre später sorgte der von ihm in Paris angestrebte Prozess gegen die Wochenzeitschrift *Les Lettres françaises*, die ihn der Lüge bezichtigt hatte, für internationale Aufmerksamkeit. Dadurch gelangten wieder Informationen über die Millionen ukrainischen Opfer der Hungersnot in die Nachrichten.[81] Der Pariser Prozess war bereits durch den Kalten Krieg geprägt. Viele kommunistisch orientierte Intellektuelle aus Frankreich, den USA und anderen Ländern griffen Kravchenko als Verräter und Faschisten an. Diese politische Zuordnung bestimmte die kommenden Jahrzehnte. Die Erfahrung des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs überlagerte die sowjetische Gewalt- und Terrorherrschaft der 1930er Jahre. In Deutschland stand die – sehr zögerliche – Aufarbeitung der eigenen Verbrechen im Holocaust im Vordergrund. Wenn die Ukraine überhaupt in den Blick geriet, dann galten die Ukrainer als Kollaborateure der Nationalsozialisten. Teils dienten solche Erinnerungen der Selbstentlastung.[82] Auch Historiker entwickelten kein Interesse an der Erforschung der Hungersnot.

---

[79] Vidrodžennja, 6.121942, S. 4, zit. nach Karel C. Berkhoff: The Great Famine in Light of the German Invasion and Occupation, in: Harvard Ukrainian Studies, 4/2008, S. 165–181, hier S. 166.

[80] Victor A. Kravchenko: Ich wählte die Freiheit. Das private und politische Leben eines Sowjetbeamten. Hamburg 1946, S. 124–176, hier S. 177.

[81] Nina Berberova: Die Affäre Krawtschenko. Hildesheim 1991, S. 163 und S. 228.

[82] Der Berliner Journalist und Politikwissenschaftler Bohdan Osadczuk erinnerte sich zum Beispiel in einem Gespräch mit Basil Kerski an ein Gespräch mit Egon Bahr in den 1950er/1960er Jahren: „Nur einmal hatte ich mit

Dieses änderte sich erst im Laufe der 1980er Jahre, insbesondere nachdem die Ukraine 1991 unabhängig geworden war und in der Gesellschaft ein eigenständiger Blick auf die Geschichte entstand. In den USA wurde eine Debatte geführt, ob der Holodomor als Völkermord zu qualifizieren sei. Als ein Resultat der jahrzehntelangen Forschung ist Anne Applebaums Darstellung *Der Rote Hunger* anzusehen,[83] die breit rezipiert und diskutiert wurde.[84] Die deutsche Geschichtsschreibung wirkte an der Forschung kaum mit, die Öffentlichkeit war am Thema kaum interessiert.[85]

1986 erschien in den USA Robert Conquests Buch *Harvest of Sorrow*,[86] das der Hungersnot in der Ukraine in der angelsächsischen Welt große Aufmerksamkeit einbrachte. Die deutsche Übersetzung *Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine* erschien zu einem Zeitpunkt, als der „Historikerstreit" die deutschen Gemüter erregte. Damals ging es um die Frage, ob der Holocaust etwas Singuläres gewesen sei oder ob es in der Geschichte gleiche Ereignisse gegeben habe. Ausgelöst wurde er durch den Historiker Ernst Nolte, der die These aufstellte, dass der Mord an den Klassenfeinden durch die Bolschewiki „das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords' der Nationalsozialisten" gewesen sei. Für Nolte waren der GULag, Auschwitz, die Deportationen und der massenhafte Tod von Kulaken im Zusammenhang mit der sowjetischen Kollektivierung vergleichbare Phänomene. Die Millionen ukrainischen Hungertoten kamen in der Diskussion der führenden deutschen Historiker gar nicht vor. Zwei Gründe lassen sich für diese Nicht-Wahrnehmung des Holodomor in Deutschland nennen:

Erstens war die deutsche historische Osteuropaforschung seit ihrer Gründung russlandorientiert, da Russland als entscheidender staatsbildender Akteur galt. Zahlreiche Journalisten, Diplomaten und Historiker waren biographisch mit Russland verbunden – kaum einer mit der Ukraine. Insofern pflegte auch kaum einer Kontakt mit der ukrainischen Diaspora. Die Diaspora war in Deutschland in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nicht in der Lage, erinnerungspolitische Forderungen zum Holodomor zu formulieren, die in Politik und Gesellschaft auf Aufmerksamkeit hätten stoßen können.[87] Anders in Kanada und den USA, wo sich nach dem Zweiten Weltkrieg viele *displaced persons* aus der Ukraine niedergelassen hatten. Die dortige ukrainische Diaspora bildete Historiker aus, gründete mit eigenen finanziellen Mitteln einflussreiche Forschungsinstitute wie das *Harvard Ukrainian Research Institute* und das *Canadian Institute for Ukrainian Studies at the University of Alberta in* Edmonton, verfügte über eigene Zeitschriften und Publikationen. Mit ihrer Tätigkeit brachten sie die historische und gegenwartsbezogene Ukraineforschung voran und verankerten sie

ihm ein sehr unangenehmes, scheinbar freundliches Gespräch. Bahr behauptete, wir Ukrainer hätten mit den Deutschen kollaboriert. Das ist eine typische Vereinfachung. Damals zerstritt ich mich – vor diesem Hintergrund – mit meinem guten Freund Günter Grass. Wir trennten uns, aber das hatte noch einen anderen Grund …" Basil Kerski (Hg.): Ein ukrainischer Kosmopolit mit Berliner Adresse. Gespräche mit Bohdan Osadczuk (Alexander Korab). Osnabrück 2003, S. 112.

[83] Applebaum, Red Famine [Fn. 39].

[84] Roundtable Soviet Famines, in: Contemporary European History, 3/2018, S. 432–481.

[85] Guido Hausmann: Verweigerte Verflechtung. Die ukrainische Hungersnot 1932/33 in der deutschsprachigen Historiographie, in: Eisfeld, Hungersnöte [Fn. 44], S. 25–37. Eine Ausnahme ist: Vernichtung durch Hunger. Der Holodomor in der Ukraine. Hg. von Gerhard Simon und Rudolf Mark. Berlin 2004 [= OSTEUROPA, 12/2004].

[86] Robert Conquest: Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933. München 1988.

[87] Eine Ausnahme war Bohdan Osadczuk. Kerski, Ein ukrainischer Kosmopolit [Fn. 82].

international.[88] In Nordamerika entstanden Forschungsprojekte wie das zur *Oral history*, in dem Hunderte Zeitzeugen zu ihren Erfahrungen in der Hungersnot, im Zweiten Weltkrieg und nach der Auswanderung nach Kanada interviewt wurden.[89]

In Deutschland gab es mit der ursprünglich 1921 in Wien gegründeten Ukrainischen Freien Universität, die seit 1945 in München ansässig war, eine private Hochschule mit Promotions- und Habilitationsrecht, die ukrainischsprachige Studierende aus aller Welt unterrichtete. Zu ihren Aufgaben zählte laut Grundordnung

> die Pflege jener Zweige der Wissenschaft, die unmittelbar oder mittelbar zur Ukraine Bezug haben, sowie die Entwicklung der deutsch-ukrainischen Beziehungen im globalen, insbesondere europäischen Kontext; (und) die Förderung der ukrainischen Studien in Deutschland, insbesondere in Bayern, in Forschung und Lehre.[90]

Es gelang der Ukrainischen Freien Universität allerdings nie, in ähnlichem Maße in die deutsche Öffentlichkeit zu wirken, wie den ukrainischen Instituten in Nordamerika.

Zweitens waren die Ukraine und die Ukrainer durch ihre partielle Verstrickung mit dem Dritten Reich diskreditiert worden, obwohl sie gleichzeitig erheblich unter der deutschen Besatzung gelitten hatten. Verschiedene Einflussfaktoren verstärkten sich hier: die Kollaboration einiger Ukrainer im Holocaust vor allem zu Beginn der deutschen Besatzung und Traditionen eines ukrainischen Antisemitismus, die Instrumentalisierung des Holodomor in der NS-Propaganda, die gegen nationalukrainisches Denken gerichtete sowjetische Propaganda nach 1945 sowie die Verteidigung der sowjetischen Politik durch relevante Teile der politischen Linken seit den 1920er Jahren. So erreichte die im Auftrag des KGB erfolgte Ermordung des ukrainischen Nationalisten und Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera im Oktober 1959, der nach Kriegsende nach München emigriert war, international Aufmerksamkeit.[91]

Drei Jahrzehnte später galt Ähnliches für das Buch des kanadischen Gewerkschaftsaktivisten Douglas Tottle. Tottle griff Conquest frontal an und erklärte den ukrainischen Hunger-Genozid zum nationalsozialistischen Mythos.[92] In seinem Buch, von dem wir unterdessen wissen, dass es auf Veranlassung und mit Unterstützung von Moskauer und Kiewer Parteifunktionären verfasst wurde, behauptete Tottle, dass die Rede über die Hungersnot in der Ukraine der NS-Propaganda entsprungen sei, die ukrainische Diaspora überwiegend aus Nazis bestünde und Publikationen über den Holodomor aus antisowjetischen Kreisen stammten, die Kontakte zu westlichen Geheimdiensten unterhielten. Außerdem griff Tottle den amerikanischen Verleger William Hearst an, der Mitte der 1930er Jahre in seinen Zeitungen über die Hungersnot

[88] Applebaum, Red famine [Fn. 39], S. 320–345. – Frank Sysyn: The Ukrainian Famine of 1932–33: The Role of the Ukrainian Diaspora in Research and Public Discussion. New York 1999. – Ders.: Thirty Years of Research on the Holodomor: A Balance Sheet, in: Ders.: Andrij Makuch (Hg.): Contextualizing the Holodomor: The Impact of Thirty Years of Ukrainian Famine Studies. Toronto 2015.

[89] Die Oral history-Sammlung des Canadian Ukrainian Research and Documentation Center in Toronto umfasst mehr als 2200 Interviewstunden in Film und Ton.

[90] Zit. <www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Ukrainische_Freie_Universität>.

[91] Bart ab. Der Spiegel, 49/1961, S. 32–34. – Ein Prozeß mit vertauschten Rollen. Die Zeit, 19.10.1962. – Karl Anders: Mord auf Befehl. Der Fall Staschinskij. Eine Dokumentation aus den Akten. Tübingen 1963. – Serhii Plokhy: The Man with the Poison Gun. Philadelphia 2016.

[92] Douglas Tottle: Fraud, Famine, and Fascism: The Ukrainian Genocide Myth from Hitler to Harvard. Toronto 1987.

berichtet hatte, sowie die Harvard University, die als angebliches Zentrum für antikommunistische Forschung und Lehre enge Verbindungen zur CIA pflege.[93] Tottle verbreitete damit ähnliche Desinformation über die ukrainische Hungersnot von 1932–33, wie sie vier Jahrzehnte zuvor zur Diskreditierung von Viktor A. Kravchenko eingesezt worden war. Der Holodomor war zu einem Thema in der Systemkonkurrenz zwischen der Sowjetunion und den USA geworden.

Tottle forderte, sich nicht auf die Hungersnot zu konzentrieren, die auf natürliche Wetterbedingungen zurückgehe, sondern endlich die ukrainische Kollaboration mit den Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg aufzudecken.[94] In Nordamerika fand Tottles Buch nur eine geringe Resonanz, die nicht im Geringsten an Conquests *Harvest of Sorrow* heranreichte. In Deutschland verpuffte der Skandal ungehört. Damit verging eine weitere Gelegenheit, dem Holodomor endlich die angemessene historiographische und öffentliche Aufmerksamkeit zu schenken. Zuvor war sie blockiert gewesen. Das hängt wesentlich damit zusammen, dass die frühe Aufklärung über den Holodomor als stalinistisches Verbrechen mit der propagandistischen Instrumentalisierung durch die Nationalsozialisten verbunden war.

Die deutsche Politik und der Holodomor

Es gibt eine spezifische Beziehung zwischen dem Holodomor und Deutschland, die Politiker kennen sollten, wenn sie über eine Petition über den Holodomor als Völkermord abstimmen. Historiker wie Völkerrechtler können diese Hintergründe aufarbeiten und die Erkenntnisse der Politik zur Verfügung stellen. Aber die Entscheidung, ob sie den Holodomor als Völkermord einstufen, liegt bei den Politikern. Die deutsche Politik und auch größere Teile der Bevölkerung wussten 1932–1933 vergleichsweise viel über die Hungerkatastrophe in der Ukraine. Dieses Wissen erreichte jedoch kaum, und wenn dann nur sehr gefiltert, die Öffentlichkeit. Die politische Instrumentalisierung der Hungersnot durch die Nationalsozialisten hatte einen doppelten Effekt: zum einen verstärkte sie die Nationalisierung der Erinnerung an die Hungersnot von 1932–33 als ukrainische Hungersnot, zum andern führte sie dazu, dass an diese Wissensbestände nach 1945 nicht angeknüpft wurde. Ukrainer fordern heute das, was – so könnte man überspitzt formulieren – ihnen 1941 durch die Nationalsozialisten ansatzweise bereits zugestanden worden war: die Anerkennung, dass die Ukrainer in der Hungersnot besonders litten. Diese Vorstellung war von der NS-Propaganda im Zweiten Weltkrieg befördert worden. Mit diesem schwierigen Erbe müssen sich deutsche und ukrainische Historiker auseinandersetzen. Für über 320 000 Menschen mit ukrainischem Migrationshintergrund, die heute in Deutschland leben, ist die Würdigung der ukrainischen Holodomor-Opfer ein wichtiges Anliegen, das auch im Zusammenhang mit der geringen Repräsentation ukrainischer Opfer in der europäischen Erinnerungskultur steht. Das gilt insbesondere für die Opfer des Zweiten Weltkriegs, die häufig immer noch als russische Kriegsopfer wahrgenommen werden, während Ukrainer vor allem als Kollaborateure gelten.

[93] Applebaum, Red Hunger [Fn. 39], S. 338–339.
[94] Tottle, Fraud, S. 3.